



### Presseschau vom 03.12.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

### Abends / nachts:

De.sputniknews.com: Im Streit mit der Türkei wegen des abgeschossenen russischen Kampffjets hat sich Außenminister Sergej Lawrow bereit erklärt, in Belgrad mit seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu zu treffen. „Es wäre aber traurig, wenn wir dabei nichts Neues hören werden“, sagte Lawrow am Mittwochabend nach Ankunft in der serbischen Hauptstadt.

Die Minister sollen am Rande eines Treffens der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) am Donnerstag und Freitag in Belgrad miteinander sprechen.

Lawrow wiederholte Russlands Vorwürfe an die Türkei, den Ölschmuggel aktiv zu unterstützen. Moskau sei bereit, den Vereinten Nationen dazu Beweise zu übergeben.

Ankara weist die Anschuldigungen zurück.

*Lug-info.com: Mitarbeiter der Koordination für eigene Sicherheit des Innenministeriums der LVR haben zwei Fälle von Erpressung von Geldern von Seiten von Mitarbeitern der Polizei in Krasnyj Lutsch und Lugansk aufgedeckt und unterbunden. Dies teilte der Pressedienst des Innenministeriums mit.*

*„Mitarbeiter der Koordination für eigene Sicherheit haben operative Informationen erhalten,*

dass bei einer Einwohnerin von Krasnyj Lutsch bei der Kontrolle auf Beteiligung an ungesetzlichem Vertrieb von Narkotika Vertreter der Polizei Geld erpresst haben. Obwohl bei der genannten Bürgerin keine verbotenen Stoffe gefunden wurden, sagte eine Person mit Schulterstücken, dass der Frau jetzt „große Unannehmlichkeiten“ drohten. Aber er „beruhigte“ sogleich, dass es möglich ist, alles in Ordnung zu bringen für eine „rein symbolische“ Summe von 10.000 Griwna“, wird bei der Polizei berichtet.

Die Frau, gegen die nichts vorlag, wandte sich an die Koordination für eigene Sicherheit des Innenministeriums. Im Ergebnis der durchgeführten Ermittlungen dieser Abteilung wurden Beweise für die Erpressung von Geldern gefunden. Der Erpresser wurde bei der Entgegennahme des ersten Teils der vereinbarten Summe festgenommen.

In Bezug auf den ehemaligen Mitarbeiter wurde eine Strafsache eröffnet unter dem Verdacht eines Vergehens, das in Punkt „b“ von Teil 5 des Paragraphen 359 des Strafgesetzbuches der LVR vorgesehen ist (Erpressung von Geldern durch Amtspersonen).

In Lugansk haben Mitarbeiter der Koordination für eigene Sicherheit eine Polizisten entlarvt, der ungesetzlich eine Strafsache vom Paragraphen „Rowdytum“, das ein Strafmaß von bis zu fünf Jahren Freiheitsentzug vorsieht, auf den Paragraphen „versuchter Mord“ umgedeutet hat, was ein Strafmaß bis zu lebenslänglichem Freiheitsentzug vorsieht. Im Untersuchungsgefängnis, wo der Verdächtige festgehalten wurde, forderte der Mitarbeiter der Polizei von ihm für „Unterstützung“ im Laufe der Ermittlungen Gelder im Umfang von 2000 US-Dollar.

Mitarbeiter der Koordination für eigene Sicherheit nahmen den Mitarbeiter bei der Annahme des Geldes fest. Eine Strafsache wurde wegen Erpressung aufgenommen unter dem Punkt „W“ des Teils 5 des Paragraphen 359 des Strafgesetzbuches der LVR (Erpressung von Geldern durch Amtspersonen in großem Ausmaß).

„Ich möchte alle daran erinnern, die Erpressungsgelder erhalten wollen – gemäß dem Strafgesetzbuch des LVR zieht eine solche gesetzwidrige Handlung eine harte Strafe nach sich – bis zu fünf Jahren Freiheitsentzug mit Konfiszierung des Eigentums. Dies betrifft Amtspersonen aller Ebenen und Ränge – egal in welcher Struktur sie arbeiten“, heißt es im Innenministerium.

De.sputniknews.com: Moskau ist mit der Erlangung einer Feuerpause in der syrischen Stadt Homs zufrieden und hofft darauf, dass dies zur Herbeiführung der Feuereinstellung in ganz Syrien beitragen würde, erklärte das russische Außenministerium am Mittwoch.

Medienberichten zufolge hatten die syrischen Behörden und die Kräfte der Opposition deren Rückzug aus der Stadt Homs abgestimmt. Die Aufständischen würden am Montag, dem 7. Dezember, den Rückzug aus der von ihnen kontrollierten Stadt beginnen, hieß es.

Den Angaben zufolge wurde die Vereinbarung zwischen Macht und Opposition nach einem Treffen mit UN-Mitarbeitern am Vortag getroffen, die bei der Ausarbeitung der Endfassung des dahin gehenden Dokuments mitgeholfen hatten. Demnach wird den Aufständischen die Möglichkeit eingeräumt, ihre Waffen niederzulegen und zum friedlichen Leben zurückzukehren.

„Wir gehen davon aus, dass solche Schritte günstige Voraussetzungen für die Aufnahme von Dauerverhandlungen zwischen der syrischen Regierung und der Opposition, einschließlich ihres gegen den Terror kämpfenden bewaffneten Teils, schaffen würden“, hieß es in der Erklärung.

Die Waffenruhe gilt für den Stadtbezirk El-Waer mit etwa 75.000 Einwohnern. Das ist der letzte von der Opposition kontrollierte Bezirk in Homs. Geplant ist, die Bevölkerung mit Nahrung und Medikamenten zu versorgen und dann mit der Wiederherstellung der zerstörten Infrastruktur zu beginnen.

Dan-news.info: Mitteilung des Verteidigungsministerium über die Gefahr von Diversion in der Republik

Achtung an alle Bürger der DVR! Nach Informationen von unseren Quellen aus dem zeitweise besetzten Territorium sind in der DVR Aktivitäten von Diversions- und Erkundungsgruppen möglich! Sehr geehrte Bürger, seien Sie äußerst aufmerksam! Informieren Sie unmittelbar über alle verdächtigen Personen und zurückgelassene Objekte über folgende Telefonnummern:

Staatssicherheitsministerium der DVR  
Zivilschutzministerium der DVR  
Polizei der DVR  
Militärkommandantur der Stadt Donezk

De.sputniknews.com: Die von den ukrainischen Nationalisten organisierte Stromblockade der Schwarzmeer-Halbinsel Krim ist beendet worden. Russlands Präsident Wladimir Putin gab am Mittwochabend in Räumen der Elektrizitätsfirma Krimenergo in Simferopol grünes Licht für erste Stromlieferungen vom russischen Festland auf die Halbinsel.

Es handelt sich um ein auf dem Meeresgrund gelegte Starkstromkabel, das die Halbinsel Taman mit der Krim verbindet. Nach der Sprengung von zwei Strommasten in dem an die Krim angrenzenden ukrainischen Gebiet Chersson war die Stromversorgung der Halbinsel am 22. November komplett gekappt worden. Die Behörden der Republik Krim riefen Notstand aus. Betroffen waren rund 1,6 Millionen Einwohner, die pro Tag stundenlang ohne Strom ausharren mussten.

Putin zufolge wurden neben dem Kabel rund 100 Kilometer Hochspannungsleitungen für die Krim gebaut. Das russische Energieministerium plant, im Mai 2016 noch ein Kabel zur Halbinsel zu verlegen, um die Abhängigkeit von den ukrainischen Stromlieferungen völlig abzuschaffen.

### **Vormittags:**

De.sputniknews.com: Lawrow: Russland legt UNO Beweise für IS-Öllieferungen an Türkei vor

Russland wird laut seinem Außenminister Sergej Lawrow der UNO und allen interessierten Ländern Beweise für Lieferungen des von Terroristen geförderten Erdöls an die Türkei vorlegen.

Russland habe mehrmals öffentlich gesagt, Öl aus den vom sogenannten Islamischen Staat (Daesh) kontrollierten Ölfeldern in Syrien und im Irak fließe ins Ausland, so auch konkret in die Türkei, äußerte Lawrow am Mittwochabend nach seiner Ankunft in der serbischen Hauptstadt Belgrad.

„Daten, die diese Umstände beweisen, werden in vorgeschriebener Form vorgelegt – darunter auch der UNO und allen interessierten Ländern.“



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30588/90/305889045.jpg>

Lug-info.com: Die OSZE-Mission hat wieder das Vorhandensein von Waffen und Technik, die von der LVR im Rahmen der Minsker Vereinbarungen abgezogen wurden, in den Lagerorten bestätigt. Dies wird in dem täglichen Bericht der OSZE-Mission festgestellt. „Die Beobachtermission hat einen der Orte ständiger Lagerung von Waffen der LVR besucht, der in der Abzugszone befindet, alle zuvor registrierten Waffen waren vor Ort“, heißt es in dem Dokument.

De.sputniknews.com: Für die Sperrung der Grenze der Türkei zu Syrien und zum Irak kann laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow die Kurdenmiliz eingesetzt werden. „Was die konkreten Wege der Sperrung der türkisch-syrischen sowie der türkisch-irakischen Grenze anbetrifft, muss man hier von den realen Möglichkeiten ‚am Boden‘ ausgehen. Von syrischer Seite kann man die Kurdenmiliz, die zu den Verbündeten der von den USA angeführten Koalition zählt, einsetzen“, sagte Lawrow nach dem Treffen mit dem serbischen Außenminister. Lawrow betonte zudem, dass die USA auch ihre Spezialeinheiten im Irak haben und diese Washington zufolge in Syrien einsetzen könnten. „Ich bin der festen Überzeugung, dass dies nur mit Zustimmung der syrischen Regierung umgesetzt werden kann. Deswegen ist eine der offensichtlichen Möglichkeiten eine Kombination aus den Bemühungen von Kurden auf der syrischen und irakischen Seite der Grenze und denen der türkischen Regierung zusammen mit den US-Spezialeinheiten sowie möglicherweise anderer Länder der Koalition auf der türkischen Seite der Grenze“, äußerte Lawrow weiter. Zuvor hatte der US-Außenminister John Kerry erklärt, die USA und die Türkei seien sich über die Notwendigkeit einig, die syrisch-türkische Grenze komplett zu schließen, um illegale Öltransporte und Kämpferbewegungen zu verhindern.

Dan-news.info: Fast 900 Geschäfte und Restaurants wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 2015 auf dem Territorium der DVR eröffnet. Diese Daten stellte das Ministerium für ökonomische Entwicklung zur Verfügung. „In der DVR haben in neuen Monaten 490 Geschäfte und 389 Restaurants eröffnet“, erklärte das Ministerium.

Dort wurde erläutert, dass die Information für Januar bis September auf Grundlage von Daten zusammengestellt wurde, die von den Stadt- und Bezirksverwaltungen der Republik geliefert wurden. Insgesamt arbeiten zurzeit nach Angaben des Ministeriums in der Republik 7055 Geschäfte und 1315 Restaurants.

De.sputniknews.com: Putins Jahresbotschaft an die Föderalversammlung Russlands (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Es dürfen keinerlei Kontakte mit den Terroristen zugelassen werden, und sie dürfen nicht zu eigenen Zielen genutzt werden, und mit ihnen darf kein blutiges Geschäft getätigt werden, sagte der russische Präsident Wladimir Putin am Donnerstag bei der Verlesung seiner Jahresbotschaft an die Föderalversammlung Russlands.

"Jeder zivilisierte Staat muss zur Zerschlagung der Terroristen beitragen und seine Solidarität bekräftigen — nicht mit verbalen Deklarationen, sondern mit konkreten Taten. Das heißt, dass den Banditen keine Zuflucht gewährt, keine doppelten Standards angewendet und keinerlei Kontakte mit Terrororganisationen unterhalten werden dürfen. Außerdem darf nicht versucht werden, sie zu eigenen Zielen zu nutzen und ein verbrecherisches, blutiges Geschäft mit den Terroristen zu tätigen", so Putin.

"Eine besondere Bedrohung für uns geht von den Kämpfern aus, die sich in Syrien konzentriert haben", wie Russlands Präsident Wladimir Putin am Donnerstag in seiner Jahresbotschaft an die Föderative Versammlung (Parlament) sagte.

"Unter ihnen gibt es nicht wenige Abkömmlinge aus Russland und den GUS-Ländern, sie bekommen Geld und Waffen und sammeln Kräfte. Wenn sie erstarken und dort siegen sollten, so werden sie unausweichlich bei uns auftauchen, um Angst und Hass zu säen, um zu sprengen, zu töten und die Menschen zu quälen."

„Wir müssen sie im Auge behalten und sie noch vorher vernichten. Darum wurde entschieden, einen Militäreinsatz auf Grund des offiziellen Antrages der legitimen syrischen Macht durchzuführen“, fügte Putin hinzu.

Dan-news.info: Die Regierung der DVR wird im Dezember den Bürgern der Republik Renten in einem Gesamtvolumen von mehr als 2,5 Mrd. Rubel auszahlen. Dies teilte der Pressedienst des Arbeits- und Sozialministeriums mit.

„Die ungefähre Summe der Rentenzahlungen wird im Dezember mehr als 2,5 Mrd. Rubel betragen“, sagte die Gesprächspartnerin der Agentur.

Im November wurden 2508,9 Mio. Rubel an Einwohner der Republik ausgezahlt.

De.sputniknews.com: Dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zufolge hat Russland in der Türkei „viele alte und zuverlässige Freunde“. Sie sollten wissen, dass Moskau sie mit der aktuellen Führungsspitze ihres Landes nicht gleichsetze.

„Das türkische Volk ist gutherzig, fleißig und begabt. In der Türkei haben wir viele alte und zuverlässige Freunde. Um es noch einmal zu unterstreichen, sie sollen wissen, dass wir sie mit dem Teil der Führungsspitze ihres Landes nicht gleichsetzen, der unmittelbar für den Tod unserer Militärs in Syrien verantwortlich ist“, sagte Putin.

De.sputniknews.com: Die Regierung der Türkei wird nicht allein "mit Tomaten" und restriktiven Maßnahmen gegenüber Baufirmen für den Mord der russischen Piloten davon kommen, sagte Russlands Präsident Wladimir Putin. Sie würden noch oft ihre Tat bedauern.

„Sie können lange auf eine nervöse, hysterische, für uns selbst und die ganze Welt gefährliche Reaktion von uns warten. Das wird nicht passieren. Die Basis unseres Vorgehens wird vor allem die Verantwortung vor unserem Land und unserem Volk sein“,

sagte Putin.

Der Präsident unterstrich, dass Russland nicht „mit den Säbeln rasseln“ werde.

„Aber wenn jemand meint, dass er für ein niederträchtiges Kriegsverbrechen – den Mord an unseren Bürger – mit ‚irgendwelchen‘ Tomaten oder restriktiven Maßnahmen im Bau- und anderen Bereichen davonkommt, täuscht er sich zutiefst. Wir werden noch einmal daran erinnern, was für eine Tat sie begangen haben. Sie werden das noch oft bedauern. Dabei wissen wir genau, was zu tun ist“, sagte Putin weiter....

Lug-info.com: Das staatliche Unternehmen „Luganskwoda“ plant, bis zum neuen Jahr die alten Pumpen an zehn Wasserpumpstellen gegen neue stärkere Geräte auszutauschen, die mit dem humanitären Konvoi des Zivilschutzministeriums der RF geliefert wurden, teilte der Pressedienst des Unternehmens mit....

Nach Angaben des Unternehmens wird es der Austausch der Pumpaggregate erlauben, den Umfang des Wassers für die Bevölkerung um 6,928 Kubikmeter pro Tag zu erhöhen.

De.sputniknews.com: Russland kann zum größten internationalen Hauptlieferant gesunder, sauberer Bio-Lebensmittel höchster Qualität werden, wie Präsident Wladimir Putin bei seiner jährlichen Ansprache zur Lage der Nation sagte.

„Wir können nicht nur uns selbst versorgen: Russland ist imstande, zum größten Lieferanten gesunder, ökologisch reiner Qualitätslebensmittel zu werden, die schon lange bei einigen Produzenten im Westen verlorengegangen sind — zumal die Nachfrage auf dem Weltmarkt nach solchen Erzeugnissen beständig wächst“, so Putin.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30614/57/306145700.jpg>

Ukrinform.ua: Im Donezker Gebiet bekam die Ukraine Kontrolle über zwei Dörfer, die zuvor in der Grauzone waren.

Darüber schreibt auf seiner Facebook-Seite der Vorsitzende der Organisation „Sicherheit und Zusammenarbeit in der Ukraine-Cascu“, Semen Kabakaew.

Binnen des gestrigen Tages ist infolge der Kämpfe in der ATO-Zone in Donbass ein ukrainischer Soldat getötet und noch drei Soldaten sind verletzt worden.

Dan-news.info: Kämpfer des ukrainischen nationalistischen Bataillons „Ajdar“ haben das Dorf Staromarjewka im Telmanowo-Bezirk der DVR mit Granatwerfern beschossen. Dies teilte der Leiter des Bezirks Alexandr Sursjakow mit.

„Heute Nacht haben Kämpfer des ukrainischen Bataillons „Ajdar“ die Ortschaft Staromarjewka mit Granatwerfern beschossen, durch Splitter wurde das Dach eines Wohnhauses beschädigt“, sagte er.

Nach den Worten Sursjakows sind die Kiewer bewaffneten Formationen auf dem dem Dorf gegenüber liegenden Ufer des Kalmius stationiert.

„Es waren auch Schusswaffen zu hören, regelmäßig. Gott sei Dank war es nichts Schweres“, fügte er hinzu

De.sputniknews.com: Der russische Präsident Wladimir Putin hat in seiner Jahresbotschaft an die Föderalversammlung die Gesellschaft zu Geschlossenheit und Widerstand gegen den Extremismus aufgerufen.

„Die Kraft Russlands besteht in einer freien Entwicklung aller Völker: in Vielfalt und Harmonie unserer Kulturen, Sprachen und Traditionen, in der gegenseitigen Achtung, im Dialog der Orthodoxen, der Muslime, der Juden und der Buddhisten. Wir sind verpflichtet, allen Erscheinungsformen des Extremismus und des Fremdenhasses hart entgegenzuwirken und die Einigung zwischen den Völkern und Religionen zu bewahren“, so Putin.

All das bilde die historische Grundlage der russischen Gesellschaft und Staatlichkeit, so der Präsident.

„Wer sich selbst respektiert, wird auch von anderen respektiert“, zitierte Putin den russischen Historiker Nikolai Karamsin.

„Ich will damit nicht sagen, dass uns die Liebe zum Vaterland blenden und glauben machen soll, dass wir in jeder Hinsicht die Besten sind. Aber der Russe muss sich selbst zu schätzen wissen“, sagte der Präsident.

Putin rief die Gesellschaft auf, trotz gewisser Differenzen bezüglich der Bewältigung der einen oder anderen Probleme Geschlossenheit zu wahren und daran zu denken, „dass Russland das Wichtigste für uns alle ist“.

Dan-news.info: Die Regierung der DVR plant für 2016 keine Erhöhung der Tarife für Wasserversorgung und Kanalisation für die Bevölkerung. Dies teilte der stellvertretende Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Alexandr Alipow mit.

„Die Kosten für Wasser und Abwasser werden auf dem Territorium der DVR ab dem 1. Januar 2016 nicht erhöht werden“, sagte er.

Nach den Worten Alipows bezieht sich das Ministerium mit seinen Entscheidungen auf einen Erlass des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko über eine Bestätigung der Tarife für kommunale Dienste, in dem ein Moratorium auf unbegründete Tariferhöhungen vorgesehen ist.

Wie ukrainische Medien zuvor mitgeteilt hatten, wird ab dem 1. Januar für den von Kiew okkupierten Teil des Donbass eine erhebliche Erhöhung der Tarife für Wasser erwartet. Insbesondere müssen die Einwohner von Kramatorsk gemäß einer Entscheidung der ukrainischen nationalen Kommission zur staatlichen Regulierung von Energetik und kommunalen Diensten für die Wasserversorgung 2,8 mal mehr bezahlen.

„Die Entscheidung der nationalen Kommission, die die staatliche Regulierung im Bereich der Energetik und der kommunalen Dienste durchführt, gilt auf dem Territorium der Republik nicht“, unterstrich Alipow.

Die Erhöhung der Tarife in Kramatorsk erklärt sich durch die Entscheidung des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“, von den städtischen Wasserwerken einen höheren Preis für Trinkwasserlieferungen zu verlangen. Das Unternehmen, das die Wasserwerke sowohl in den freien als auch in den besetzten Teilen des Donbass beliefert, kann die Erhöhung der Kosten für die gesamte Region rechtfertigen.

„Die Tarife müssen angehoben werden, um die Schulden für unseren Strom und die Kosten des Wasser zu begleichen, weil wir zur Zeit nur 40 Prozent abdecken können“, erklärte der Pressedienst von „Woda Donbassa“.

Dan-news.info: Die Richter, die die Sache der „Antimaidaner“ im Malinowskij-Bezirksgericht von Odessa behandeln und von ukrainischen Radikalen zum Rücktritt gezwungen wurden, haben ihre Arbeit fortgesetzt. Dies berichtete heute der Vertreter der Verteidigung, der Rechtsanwalt Kirill Schewtschuk.

Zuvor hatte am 30. November, nach der Entscheidung des Gerichts die Haftmaßnahmen für die angeklagten Anhänger einer Föderalisierung der Ukraine abzumildern, eine Gruppe Nationalisten das Gebäude gestürmt und drei Richter festgehalten. Mit Gewalt zwangen sie sie, Erklärungen über ihren Rücktritt zu unterzeichnen. Dann begab sich ein Teil der Radikalen vor das Untersuchungsgefängnis, wo die Angeklagten festgehalten werden. Dort wurde eine Barrikade organisiert, alle herein- und herausfahrenden Fahrzeuge kontrolliert, um zu verhindern, dass die „Antimaidaner“ herausgebracht werden.

„Die Richter setzen nach den Vorfall ihre Arbeit im Gericht fort – am Freitag (4. Dezember) werden wir eine Sitzung haben, alle Rechtsanwälte wurden über Telefon gebeten bei der Verhandlung anwesend zu sein, tatsächlich wissen wir nicht, wie es vor sich gehen wird“, sagte Schewtschuk.

Er sagte, dass das Rechtsanwaltskollegium vorgeschlagen hat, die Bewachung des Gerichtsgebäudes zu verschärfen, um eine Wiederholung solcher Unruhen zu vermeiden.

„Die Verstärkung der Bewachung des Gerichtsgebäudes ist notwendig, weil bei der Verhandlung eine so genannte „Gruppe von Aktivisten des Kulikowo-Felds“ (angeklagte Aktivisten des „Antimaidan“) anwesend sein wird und wir denken, dass wenn die „Patrioten“ erscheinen, die die Unruhen am 30. November verursacht haben, Provokationen von Seiten der Radikalen zu erwarten sind“, fügte Schewtschuk hinzu.

Wir merken an, dass die Gerichtsprozesse zur Angelegenheit der tragischen Ereignisse in Odessa am 2. Mai 2014 sich seit Januar dieses Jahres hinziehen. Die Verhandlungen finden zwei bis drei Mal im Monat statt. Auf der Anklagebank sitzen 20 „Antimaidaner“, darunter zwei Bürger der RF.

Die vom Malinowskij-Gericht behandelte Sache ist nicht der einzige Prozess in Odessa in Bezug auf Teilnehmer der Protestaktionen gegen den Kiewer Umsturz im Jahr 2014. Wie zuvor die Bevollmächtigte der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa mitteilte, hat die Regierung der Republik 63 aufgrund dieser Sache Angeklagte auf die Liste von Personen genommen, die zum Austausch nach der Formel „alle gegen alle“ entsprechend der Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind.

De.sputniknews.com: Das Gasprojekt "Turkish Stream" ist gestoppt worden. Dies hat der russische Energieminister Alexander Nowak mitgeteilt. Ihm zufolge werden derzeit vorerst keine Gespräche mit der türkischen Seite über das Projekt geführt. Zuvor hatte das russische Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung das Einfrieren der Gasverhandlungen dementiert.

„Zurzeit sind die Gespräche (zum Gasprojekt "Turkish Stream" – d.Red.) gestoppt, zumal laut der Anordnung der Regierung die Tätigkeit der russisch-türkischen Regierungskommission zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit eingestellt wurde, in deren Rahmen auch die Arbeit an den Vereinbarungen zum "Turkish-Stream"-Projekt auf Eis gelegt wurde“, sagte Nowak gegenüber Journalisten.

Gleichzeitig werden jedoch gegenwärtige russische Gaslieferungen nicht unter das Embargo fallen, sondern vertragsgemäß weiter verlaufen....

Dnr-online.ru: Wie der Pressedienst des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums der DVR mitteilte, finden in dem Donezker allgemeinbildenden Internat Nr. 1 im Rahmen der Aktion „Wir erziehen Patrioten“ eine Reihe von Veranstaltungen statt, damit die Kinder eine aktive Position im Leben einnehmen, eine Erziehung zum Patriotismus und zu einem Gefühl des

Stolzes auf ihr Land entsteht.

Insbesondere besuchten die Kinder das Schulmuseum und machten sich mit Interesse mit allen Ausstellungsgegenständen bekannt. Besondere Aufmerksamkeit erregte die Ausstellung, die dem Thema Krieg gewidmet ist, wo Ausstellungsstücke aus der Zeit der Großen Vaterländischen Kriegs und der tragischer Ereignisse unserer Tage zu sehen sind. Im Sommer 2014 wurde das Internat von Seiten der ukrainischen Streitkräfte mit Artillerie beschossen. Im Museum haben die Kinder mit eigenen Augen Geschossen gesehen, die ihr Haus getroffen haben. Sie erfuhren von den Helden unserer Tage, den Verteidigern der Stadt Unter ihnen ist Maxim Kuraschow, ein Schüler des Internats, der im Oktober 2014 während der Kämpfe um den Flughafen getötet wurde. Wenn Kinder von der Geschichte erfahren, die man mit den Händen berühren kann, entsteht eine unzerstörbare Verbindung zwischen den Zeiten. Die Kinder sind stolz auf unsere Helden und wünschen sich genauso zu werden. Im Rahmen der Aktion „Wir erziehen Patrioten“ fanden auch Wettbewerbe statt, an denen Schüler der 1. bis 10. Klasse teilnahmen, bei denen Lieder gesungen und Aufgaben erfüllt wurden. Die Jury, zu der die Direktorin der Schule Olga Wolkowa, die Schulärztin Walentina Jakubenko und der Lehrer für Arbeitslehre, der Major a.D. Anatolij Morosow gehörten, zeichneten die Sieger mit verschiedenen Preisen aus.

## **Nachmittags:**

De.sputniknews.com: Kadyrow erkennt in dem von IS hingerichteten „russischen Spion“ einen Tschetschenen

Bei dem von Kämpfern des sogenannten Islamischen Staates (Daesh) hingerichteten Bürger Russlands handelt es sich um einen Tschetschenen, wie der tschetschenische Republikchef Ramsan Kadyrow am Montag mitteilte. „Sein Tod wird nicht ungestraft bleiben“, fügte er hinzu.

„Dieser Einwohner Russlands ist Tschetschene. Er wurde enthauptet. Dafür gibt es bestätigte Informationen“, äußerte Kadyrow am Donnerstag vor Journalisten.

„Ich glaube nicht, dass er dort für irgendjemanden gearbeitet hat“, so Kadyrow weiter. „Aus meiner Sicht wurde er bloß missbraucht.“

Die Tschetschenen kennen ihn und würden ihn nicht vergessen. „Wer einen Menschen aus unserem Staat erstochen hat, der darf nicht am Leben bleiben.“ Wir werden ihn ins Jenseits befördern — geben ihm ein Ticket ohne Rückfahrt“, so Kadyrow.

Zuvor hatten die TV-Sender NBC und CNN berichtet, dass die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (Daesh) erneut eine Videoaufnahme einer Hinrichtung veröffentlicht hat. Die Bilder zeigen angeblich die Enthauptung eines Menschen in orange Kleidung, der zugibt, Informationen für den russischen Geheimdienst FSB übermittelt zu haben.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30616/14/306161441.png>

Dan-news.info: Die Rechtsanwälte der Aktivisten der „Antimaidan“-Bewegung werden bis Ende der Woche der Staatsanwaltschaft von Odessa Anträge auf die Aufhebung der unter dem Druck von radikalen Kräften getroffenen Entscheidung, die Angeklagten in Untersuchungshaft zu nehmen, einreichen. Dies teilte heute der Vertreter der Verteidigung, der Rechtsanwalt Kirill Schewtschuk, mit.

„Ich habe schon zum Teil einen Antrag an die Staatsanwaltschaft vorbereitet. Wir werden ihn dann der Staatsanwaltschaft einreichen, was es erlauben wird, sofort eine Strafsache nach drei Paragraphen aufzunehmen, insbesondere bezüglich des Festhaltens der Richter und bezüglich des Drucks auf Amtspersonen“, teilte der Gesprächspartner der Agentur mit. Er teilte mit, dass den Antrag auf Aufhebung der Handlung einer „fiktiven“ Appellation mindestens drei seiner Kollegen unterzeichnen wollen.

„Ich denke, dass es vielleicht sogar mehr sein werden, bis zu fünf. Es sind alles erfahrene Menschen, die ihre Meinung nicht ändern werden. Außerdem ist es auch in ihrem Interesse“, unterstrich der Rechtsanwalt.

Wir erinnern daran, dass am 30. November Vertreter ukrainischer extremistischer Gruppierungen das Gebäude des Malinowskij-Gerichts von Odessa besetzten, nachdem das Gericht die Entscheidung getroffen hatte die fünf angeklagten „Anti-Maidaner“, die noch in Untersuchungshaft sind, gegen Kautionsfreizulassen.

Die Extremisten nahmen Richter als Geiseln, zwangen den Vorsitzenden des Appellationsgerichts des Oblast außerordentlich die Entscheidung des Gerichts in erster Instanz aufzuheben und die Beschuldigten in Untersuchungshaft zu nehmen. Danach fuhr ein Teil der Gruppe zum Untersuchungsgefängnis, organisierten dort eine Kontrolle aller ein- und ausfahrenden Fahrzeuge, um eine Freilassung der Angeklagten zu verhindern.

Ukrinform.ua: Russische Besatzungstruppen im Donbass versuchen, die Kräfte der Antiterror-Operation (ATO) zu Kämpfen zu provozieren, um dann die Ukraine des Bruchs der Abkommen von Minsk zu beschuldigen.

Das wurde dem Ukrinform-Reporter in der Hauptverwaltung des Aufklärungsdienstes des Verteidigungsministeriums der Ukraine gesagt.

„Die Situation in der ATO-Zone bleibt kompliziert, mit Risiken der Erneuerung der aktiven lokalen Kampfhandlungen. Nach einer bestimmten Abnahme der Feuerintensität seitens des Feindes zu Beginn der laufenden Woche erhöhen russisch-terroristische Truppen wieder die Anzahl der Beschießungen der Positionen der ATO-Kräfte“, sagte man im Aufklärungsdienst. Es wird angemerkt, dass das Ziel der Besatzer die „Aufrechterhaltung der Spannungen in der Konfliktzone für die Erschöpfung der Ukraine und ihrer Streitkräfte ist“. Auch wolle der Feind die ATO-Kräfte zu Kampfhandlungen provozieren, um dann die Grundlage für die

Beschuldigung unseres Landes der Verletzung der Minsker Abkommen zu bekommen.  
„Zugleich führt das Kommando der Streitkräfte der Russischen Föderation Vorbereitungen auf eine mögliche Wiederaufnahme größerer Kämpfe im Donbass durch...“, fügte man im Aufklärungsdienst hinzu.

Lug-info.com: Pressekonferenz des stellvertretenden Leiter des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Kiewer Truppen unternehmen weiterhin Versuche, die Kämpfer der Volksmiliz zum Gebrauch von Waffen zu provozieren, um sie anschließend eines bewaffneten Angriffs zu beschuldigen, erklärte Jaschtschenko.

Nach seinen Worten hat sich die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR in den letzten 24 Stunden nicht wesentlich geändert und ist wie zuvor stabil-angespannt.

„In den letzten 24 Stunden wurden keine Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt. Gleichzeitig ziehen die ukrainischen Streitkräfte weiterhin Technik und Personal an der Kontaktlinie zusammen.

„So wurden im Bereich von Trjochisbjonka im Verlauf des gesamten gestrigen Tags von uns Verlagerungen von Militärtechnik der Kiewer Truppen entlang der Kontaktlinie festgestellt“, erklärte er.

Wie der stellvertretende Leiter des Stabs unterstrich „wollen die ukrainischen Streitkräfte mit solchen Aktivitäten ihre Macht demonstrieren und versuchen unsere Kämpfer, die Dienst an der vordersten Verteidigungslinie tun, zu provozieren, Waffen zu gebrauchen, um sie in der Folge der bewaffneten Aggression zu beschuldigen“.

„Aber wir halten die Minsker Vereinbarungen ein und respektieren die Anstrengungen der internationalen Diplomaten zur friedlichen Lösung des Konflikts im Donbass und reagieren nicht auf die Provokationen und Versuche von Seiten der ukrainischen Streitkräfte den Konflikt wieder in eine aktive Phase zu bringen“, sagte Jaschtschenko.

Kiew versucht bewaffnete Konflikte zwischen den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und den sogenannten nationalistischen Bataillonen zu verheimlichen und beschuldigt die Volksmiliz der LVR der Beschüsse.

„Man würde sich wünschen, dass die ukrainische Seite eine bessere Ordnung in ihren Abteilungen hätte. Wie ich schon mehrfach erklärt habe, finden nun regelmäßig Konflikte aus verschiedenen Gründen statt. Vor allem wird bekannt, dass ein Konflikt zwischen Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte und Vertretern von nationalistischen Bataillonen stattfinden“, sagte Jaschtschenko.

„Es ist klar, dass diese Konflikte unter Anwendung von Waffen stattfinden. Und es ist schon eine Tradition, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte versucht, die Beschüsse von Ortschaften während ihrer Konflikte als Beschüsse von Seiten der Milizen auszugeben, obwohl dies die Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte sind“, unterstrich der stellvertretende Leiter des Stabs.

Als Beispiel nannte er die Erklärungen einer Reihe ukrainischer Medien und Politiker, dass die Volksmiliz der LVR angeblich Sheltoje und Popasnaja beschossen haben.

„Ich will erklären, dass wir mit diesen Beschüssen nichts zu tun haben“, sagte Jaschtschenko.

Er unterstrich, dass entsprechend den Minsker Vereinbarungen die gesamte Technik und Bewaffnung der Volksmiliz abgezogen wurde, „deshalb können wir diese Ortschaften gar nicht beschießen“.

Die Durchführung einer Mobilisierung wird in der LVR nicht geplant.

„Ich will die Bürger beruhigen und will, dass die ukrainische Seite dies hört, wir haben ausreichend Kräfte und Mittel, Möglichkeiten und Absichten, jede Aggression von der ukrainischen Seite zurückzuweisen, deshalb besteht bei uns nicht die Notwendigkeit einer Mobilisierung“, sagte er.

Jaschtschenko unterstrich, dass die Aufnahme von Soldaten in die Volksmiliz ausschließlich auf freiwilliger Grundlage erfolgt.

„Wir werden nicht durch Zwangsmaßnahmen zur Armee mobilisieren, im Unterschied zur

ukrainischen Seite. Eine Mobilisierung ist nicht geplant“, erklärte er.

Dnr-online.ru: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage an der Kontaktlinie hat in den letzten 24 Stunden eine Tendenz zur Stabilisierung.

„Von uns wurden vier Beschüsse auf das Territorium der Republik unter Anwendung von Granatwerfern, Panzertechnik, Abwehrgeschützen und Schusswaffen festgestellt.

Beschossen wurden die Gebiete von Saitschenko, Sajzewo und Spartak.

In den letzten 24 Stunden wurden auf das Territorium der Republik mehr als 20

Granatgeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen“, teilte Eduard Basurin mit.

Die Aufklärung der DVR stellt weiterhin eine Verschiebung und Konzentration von Technik entlang der gesamten Kontaktlinie und Verletzungen der Minsker Vereinbarungen zum Abzug von schweren Waffen durch die ukrainische Seite fest.

„So wurde in den Gebieten folgender Ortschaften beobachtet:

Peski, 3 km von der Kontaktlinie, die Stationierung von sieben Panzern;

Stepnoje, 7 km von der Kontaktlinie, die Stationierung von acht Panzern, zwei

Mehrfachraketenwerfersystemen „Grad“ und zehn Artilleriegeschützen;

Nowoselowka Perwaja, 17 km von der Kontaktlinie, die Ankunft von zwei

Mehrfachraketenwerfersystemen „Grad“, vier Artilleriegeschützen, vier Geschützen „Giazint-B“ und vier 152mm-Haubitzen „Msta-B“.

Ich will auch die Aufmerksamkeit der Zivilbevölkerung darauf lenken, dass nach

Informationen von unseren Quellen auf den zeitweilig von Kiew besetzten Territorien

Terrorakte in Bezug auf die Republik vorbereitet werden, unter Verwendung von

Diversionsgruppen aus verschiedenen Spezialabteilungen der Ukraine.

Wir rufen die Bürger auf, ihre Bürgerpflicht zu erfüllen, aufmerksam zu sein, über alle verdächtigten Personen und entdeckten Gegenstände die Rechtsschutzorgane zu informieren“, teilte Eduard Basurin mit.

De.sputniknews.com: Die Verwicklung der Türkei ins illegale Ölgeschäft des Islamischen Staates ist, laut Experten, nur der Gipfel des Eisbergs. In Wirklichkeit gebe es eine viel tiefgreifendere kriminelle Partnerschaft zwischen Ankara und der Terrororganisation, und zwar in solchen Bereichen wie Menschenhandel und Finanzbetrug.

Russlands Vize-Verteidigungsminister Anatoli Antonow sagte am Mittwoch, dass die Türkei Hauptverbraucher von illegal gefördertem Öl aus Syrien und dem Irak sei, und beschuldigte den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan und seine Familie der direkten Beteiligung am Ölgeschäft der Terrormiliz Daesh (auch IS oder „Islamischer Staat“ genannt).

„Daesh ist in vollem Maße eine organisierte Verbrecherbande — gemeinsam mit der Erdogan-Familie“, sagte Gordon Duff, Sicherheitsberater und Senior Editor beim Onlinemagazin Veterans Today, gegenüber Sputnik.

„Die Erdogan-Familie und ihre Freunde betreiben organisiertes Verbrechen in Österreich, in Deutschland, in den Niederlanden – darunter Menschenhandel in massivem Umfang, Drogenhandel und Kreditkartenbetrug“, fügte er hinzu.

Duff zufolge hatte er diese Informationen schon vor einem Jahr während einer Konferenz in Damaskus syrischen Beamten vorgetragen und das ganze Spektrum von kriminellen Unternehmen von Erdogan und der Daesh-Mafia beschrieben.

Was das illegale Ölgeschäft betrifft, erläuterte Duff, dass die Daesh-Terroristen mit einem LKW- und Schiffsunternehmen zusammenarbeiteten, das im Besitz von Erdogans Sohn Bilal sei. So werde das Öl aus Syrien in den Irak und die Türkei für weitere Exporte ins Ausland gebracht.

„Jetzt gibt es zahlreiche Pipelines, die quer durch die Türkei gehen, mehr als uns bekannt ist. Und einige davon befinden sich nahe an der irakisch-syrischen Grenze, näher als Zeichnungen es zeigen. Und da wird das Öl ins Mittelmeer entladen und zum weiteren

Verkauf in Länder wie die USA gebracht", behauptete er.

Am Montag sagte Russlands Präsident Wladimir Putin, dass Moskau zusätzliche Beweise erhalten habe, dass Öl von Daesh-kontrollierten Feldern in industriellen Umfängen in die Türkei transportiert werde.

Erdogan sagte seinerseits, dass er als Präsident der Türkei zurücktreten würde, wenn unbestreitbare Beweise präsentiert würden, dass seine Familie in illegale Ölgeschäfte der Terroristen verwickelt ist.

Dnr-online.ru: In der DVR wird das Netz von Geschäften des Unternehmens Erster Republikanischer Supermarkt ausgeweitet. Dies erklärte heute die Leiterin der Abteilung zur Handelsregulierung des Ministeriums für ökonomische Entwicklung der DVR Natalja Kosina während der feierlichen Eröffnung eines republikanischen Supermarkts in Jasinowataja. „Das hier eröffnete Geschäft ist das 36. dieser Art. In den nächsten Wochen werden wir noch ein Geschäft in Donezk eröffnen und bis Ende des Jahres planen wir vier weitere in Städten der Republik zu eröffnen. Die Eröffnung neuer Geschäfte hat eine große sozialökonomische Bedeutung für unsere Republik“.

Ukrinform.ua: Die Europäische Kommission plant, der Ukraine 100 Millionen Euro für die Durchführung der Reform zur Dezentralisierung der Macht zu gewähren.

Das erklärte auf der Konferenz „Verfassungsreform: Erfolge und Perspektiven“ der stellvertretende Vorsitzende der Vertretung der Europäischen Union (EU) in der Ukraine, Thomas Frellesen, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Die Europäische Kommission hat gestern beschlossen, erhebliche finanzielle Hilfe im Bereich der Dezentralisierung zu leisten - 100 Millionen Euro. Dieses Geld wird für die Unterstützung der Arbeit bei der Dezentralisierung bestimmt sein“, sagte er.

Außerdem werden ihm zufolge europäische Experten mit Konsultationen bei der Dezentralisierung der Macht der Ukraine helfen.

Dan-news.info: Antipanzerwaffen aus der Zeit des Großen Vaterländischen Kriegs werden nach ihrer Modernisierung in den Waffenbestand der Milizen der DVR übernommen, teilte heute das Verteidigungsministerium der DVR mit.

„In den Lagern der Truppenteile und Formationen der ukrainischen Streitkräfte wurde von den Milizen der DVR eine große Zahl Antipanzerwaffen des Kalibers 14,5 mm der Zeit des Großen Vaterländischen Kriegs entdeckt“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. „Von Produktionswerkstätten und wissenschaftlichen Abteilungen von Fabriken in Donezk wurden sie technisch wieder aufgearbeitet: es wurden moderne optische Visiere eingebaut, der Mechanismus verbessert und der Rückschlag vermindert“.

Der Vertreter des Verteidigungsministerium fügte hinzu, dass die Kämpfer der Milizen bereits Erfahrungen mit den erneuerten Waffen gesammelt haben.

„Die Waffen haben eine gute Zielgenauigkeit und eine hervorragende Schussweite bis 2000 m“, sagte er.

Im Verteidigungsministerium wurde unterstrichen, dass das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko die Entscheidung des Verteidigungsministeriums über die Verwendung der genannten Waffen durch die Einheiten und Truppenteile, die sich an der Kontaktlinie befinden, zur Abwehr von provokativen Handlungen der nationalistischen Bataillone und der ukrainischen Streitkräfte, bestätigt hat. „Wir halten die Minsker Vereinbarungen streng ein, aber im Fall einer Aggression sind wir zur Abwehr bereit“, fasste der Gesprächspartner von DAN zusammen.

Dan-news.info: Der Generalmajor des Sicherheitsdienstes der Ukraine Alexandr Tretjak ist auf die Seite der DVR übergegangen und hat die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, mit der gesetzmäßigen Regierung der Republik zusammenzuarbeiten. Dies teilte heute der Pressedienst des Staatssicherheitsministeriums der DVR mit.

„Der General des Sicherheitsdienstes der Ukraine Alexandr Tretjak ist auf die Seite der DVR übergegangen. Er ist bereit, mit der Regierung der Republik zusammenzuarbeiten“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er fügte hinzu, dass Tretjak die Einwohner der Ukraine aufgerufen hat, eine Ablösung des Regimes zu erreichen, das in diesem Land nach dem Staatsstreich im Jahr 2014 unter Beteiligung ausländischer Kräfte und unter aktiver Beteiligung politischer Extremisten errichtet wurde.

„Zurzeit befindet sich der ehemalige Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine auf dem Territorium der DVR, hier ist sein Haus und er hat nicht die Absicht irgendwohin zu reisen“, fügte das Ministerium hinzu.

Der Generalmajor des Sicherheitsdienstes der Ukraine Tretjak war in der Vergangenheit erster stellvertretender Leiter der Koordination des Sicherheitsdienstes der Ukraine für den Donezker Oblast, Vize-Gouverneur des Donezker Oblast, Leiter der Koordination des Sicherheitsdienstes der Ukraine für den Lugansker Oblast. Nach dem Staatsstreich in Kiew ging er in Pension.

Die Entscheidung Tretjaks, die DVR zu unterstützen, ist nicht die erste dieser Art von Seiten hochgestellter Vertreter der ukrainischen bewaffneten Strukturen. Insbesondere erklärte im letzten Sommer der ehemalige Assistent des Verteidigungsministers der Ukraine, Generalmajor Alexandr Kolomiez seinen Übergang auf die Seite der DVR.

De.sputniknews.com: Laut einer neuen Studie von Transparency International liegt das Korruptionsrisiko in der Ukraine kritisch hoch, was unumkehrbare, negative Auswirkungen auf die Stabilität und Entwicklung des Staates haben könnte.

„Hinsichtlich der Korruptionsrisiken ist die Ukraine an einem kritischen Punkt angelangt. Die Verzögerung der Antikorruptionsreformen ist kritisch für die Stabilität, die wirtschaftliche Entwicklung und das Vertrauen der internationalen Geldgeber“, sagte Katherine Dixon, Direktorin des Defence and Security Programms von Transparency International.

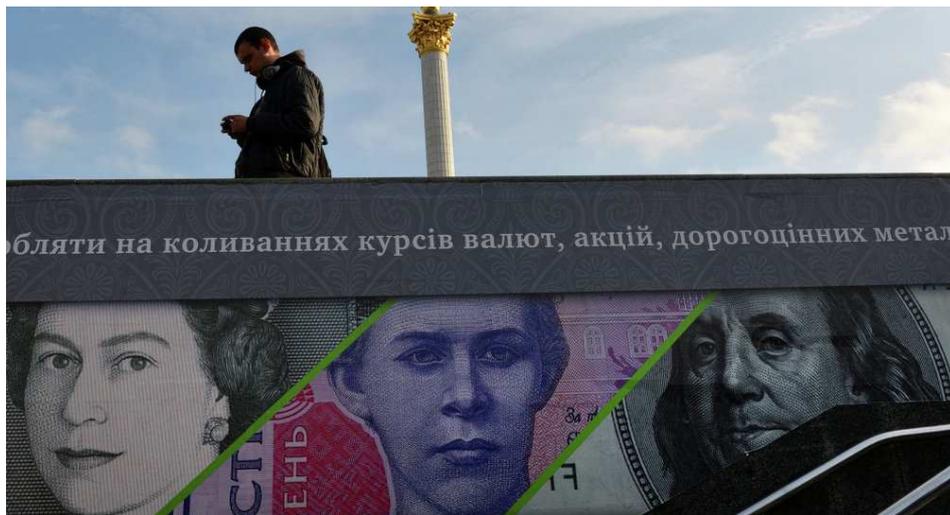
Besonders die Lage im ukrainischen Militärbereich sei besorgniserregend. Diese sei auf „D“ eingestuft worden, was ein „sehr hohes“ Korruptionsrisiko bedeute. Die Skala des "Government Defence Anti-Corruption Index (GI)" reicht von A (sehr geringes Risiko) bis F (kritisches Risiko).

„Das Verteidigungsministerium erfüllt seine Anti-Korruptions-Verpflichtungen nicht, sodass die Soldaten das ukrainische Volk nicht besser und aktiver verteidigen können. Aber bloße Reformen des Verteidigungsministeriums sind nicht genug – damit der Kampf gegen die Korruption effektiv geführt wird, ist eine starke externe Kontrolle nötig“, fügte Dixon hinzu.

Auch im Bereich von Neuanschaffungen des ukrainischen Verteidigungsministeriums seien laut der Studie hohe Risiken zu verzeichnen. Jüngste Gesetzesänderungen im öffentlichen Beschaffungswesen der Ukraine hätten diesen Prozess für das Verteidigungsministerium vereinfacht und ein Verhandlungsverfahren während der sogenannten „Anti-Terror-Operation“ ermöglicht. Das lasse das Korruptionsrisiko wiederum weiter steigen.

Die Organisation empfiehlt, regelmäßige Kontrollen jeglicher Begünstigung durchzuführen, um solchen Missbrauch zu verhindern.

Vor einem Monat hatte US-Vizepräsident Joe Biden dem ukrainischen Staatschef Petro Poroschenko eine dritte Tranche in Höhe von einer Milliarde US-Dollar für Antikorruptionskampf und Steuerreformen versprochen.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30382/30/303823024.jpg>

#### **Abends:**

Lug-info.com: Die LVR hat den Vertretern der OSZE-Mission eine vollständige Liste von Waffen und Militärtechnik, die im Rahmen der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen abgezogen wurde, sowie ihrer Lagerorte übergeben. Dies geht aus dem tägliche OSZE-Bericht hervor.

„Vertreter der LVR haben der Beobachtermission eine Inventarliste von schweren Waffen und ihren Seriennummern sowie Informationen über ihren Lagerort übergeben“, heißt es in dem Dokument.

Ukrinform.ua: Micheil Saakaschwili will ein Korruptionsschema enthüllen, nach dem aus dem Staatsunternehmen „Ukrspirt“ jährlich 120 Milliarden Hrywnja (UAH) gestohlen werden. Das verkündete der Gouverneur von Odessa am Donnerstag nach einer Pressekonferenz, berichtet der Nachrichtenfernsehsender „112“.

Laut Saakaschwili versuchte er zuerst über das Schema dem Premierminister Arsenij Jazenjuk zu berichten, aber „der wollte nicht hören“.

Deshalb will Saakaschwili darüber am Sonntag in der Sitzung des Antikorruptionsforums in Odessa und dann in der Obersten Rada der Ukraine mit der Angabe von Namen und Ziffern sprechen.

De.sputniknews.com: Der georgische Präsident Giorgi Margwelaschwili wird in den nächsten Tagen die Entscheidung über den Entzug der Staatsbürgerschaft von Michail Saakaschwili treffen. Dies berichtet die Agentur Rustavi2 unter Berufung auf den Staatssekretär Kwerentschiladses.

Im Mai hatte der ehemalige georgische Staatschef Michail Saakaschwili den ukrainischen Pass bekommen und war zum Gouverneur der Schwarzmeer-Stadt Odessa ernannt worden. Im Juni wurde bekannt, dass Saakaschwili seine georgische Bürgerschaft abzugeben

beabsichtige. Der georgische Präsident Giorgi Margwelaschwili bewertete dieses Vorgehen als unwürdig und „beleidigend für das Land“. Im November leitete die Regierung Georgiens den Prozess des Bürgerschaftsentzugs im Falle Saakaschwilis ein.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30615/78/306157889.jpg>

Dan-news.info: Die OSZE-Mission ist zu der Idee zurückgekehrt, Web-Kameras zur Beobachtung der Lage im Bereich des frontnahen Dorfes Schirokino im Süden der DVR zu installieren. Dies teilte heute eine Quelle aus dem Verteidigungsministerium der DVR mit. „In den nächsten Tagen plant die OSZE doch zwei Web-Kameras zur Beobachtung der Lage im Bereich des Dorfes Schirokino aufzustellen. Es muss noch der Ort festgelegt werden, der dafür am günstigsten ist“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. Nach seinen Worten befinden sich derzeit Beobachter der Mission mit Vertretern der Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination der Feuereinstellung nicht vom Ort, der für die Aufstellung der Videokameras vorgesehen ist. Die Frage der Installation von Web-Kameras in Schirokino wurde zuvor mehrfach aufgeworfen, vor allem im April und Oktober dieses Jahres in Zusammenhang mit dem hohen Grad an Spannung in diesem Dorf und der Unmöglichkeit einer ständigen Anwesenheit von internationalen Beobachtern.

Ukrinform.ua: Die Situation im Osten der Ukraine, die Annexion der Krim, die Nicht-Erfüllung der Abkommen von Minsk durch Russland stellen die Grundprinzipien der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Frage, erklärte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini in der Sitzung des OSZE-Ministerrates in Belgrad, berichtet der Ukrinform-Korrespondent.

„Die illegale Annexion der Krim und die Destabilisierung in der Ostukraine haben die Grundprinzipien der OSZE in Frage gestellt“, sagte die Hohe EU-Vertreterin. Ihr zufolge sind fremde Truppen immer noch auf den von Separatisten kontrollierten Territorien, einschließlich der Grenzzone, die ohne Kontrolle der legitimen ukrainischen Staatsmacht bleibt.

„Die Europäische Union macht alle Anstrengungen für eine Lösung, die die Souveränität, Einheit, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine respektiert“, sagte Mogherini.

De.sputniknews.com: Die ukrainischen Medien fragen sich aufgeregt, wieso Russlands Präsident Putin in seiner jährlichen Ansprache zur Lage der Nation das Thema Ukraine nicht

angesprochen hat.

„Der russische Präsident hat während seiner jährlichen Rede an die Föderative Versammlung hat das Thema der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der Ukraine sowie die Situation im Donbass übergangen“, schreibt die ukrainische Filiale der Zeitung „Vesti“.

„Russlands Präsident hat nicht über die Ukraine gesprochen. In seiner einstündigen Rede hat er sich nur an die Krim erinnert“, beschwert sich das Online-Portal Comments.ua.

„Putin hat bei seiner Rede kein Wort über die Ukraine erwähnt. Die Abgeordneten der Föderativen Versammlung haben kein Wort über die Ukraine oder über den bewaffneten Konflikt im Donbass gehört. Die Krim hat Putin übrigens erwähnt“, unterstreicht der TV-Sender „112 Ukraine“.

Der russische Präsident hat in seiner Ansprache an das Parlament auf ein für Russland wichtiges Ereignis aufmerksam gemacht — die Wiedervereinigung mit der Krim.

„Damals hat sich Russland mit lauter Stimme als ein starkes, souveränes Land mit 1 000-jähriger Geschichte und Traditionen, als Nation, die durch gemeinsame Werte und Ziele konsolidiert ist, präsentiert“, so Putin.

„Genauso sicher gehen wir auch heute vor, wenn Russland einen offenen Kampf gegen den internationalen Terrorismus führt“, unterstrich der Präsident.

„Wir treffen Entscheidungen und machen sie wahr. Wir sind uns bewusst, dass diese Aufgaben nur wir alleine meistern können. Wir alle zusammen“, betonte er.

Besondere Aufmerksamkeit hat Wladimir Putin den Beziehungen mit der Türkei geschenkt. Er hat erklärt, dass die türkische Regierung die Verantwortung für den Tod der russischen Piloten in Syrien trage. Er fügte noch hinzu, dass Russland bereit sei „zur Kooperation mit der Türkei über die für das Land sensiblen Themen hinaus und weiter zu gehen, als die Verbündeten es zu tun bereit sind“.